

Deutscher Richterbund übernimmt wichtige rechtspolitische Forderung der AfD



Der Deutsche Richterbund (DRB) hat die Justizminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich endlich vom Weisungsrecht zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaften zu verabschieden und ihre aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Durchgriffsrechte auf konkrete Ermittlungen der Staatsanwaltschaften aufzugeben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, unterstreicht diese Übernahme einer bereits älteren AfD-Forderung und macht deutlich, dass es sich dabei um einen der wichtigsten Bausteine zur Entpolitisierung der Justiz handele.

„Es ist ein Gebot der Gewaltenteilung, die Entpolitisierung der Justiz voranzutreiben. Die aktuellen Zustände in Deutschland, insbesondere die weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften, sind eines modernen Rechtsstaats nicht würdig.

Die Alternative für Deutschland hat in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Vorschlägen zur Entflechtung von Politik und Justiz zur Stärkung des Rechtsstaats vorgelegt, auch zur jetzigen Forderung des DRB, die schon umgesetzt sein könnte, hätten die anderen zugestimmt. Wir werden auch zukünftig nicht müde, wichtige rechtspolitische Vorhaben voranzutreiben.“

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch 8. November 2023

Aktuelle Stunde - Maßnahmen zur Begrenzung irregulärer Migration
Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch über irreguläre Migration debattiert. Die Aktuelle Stunde mit dem Titel „Jetzt entschiedene Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration treffen“ fand auf Verlangen der CDU/CSU-Fraktion statt. Die Verschärfung der Krise sei ein Resultat der Politik der Ampel-Regierung, betonte Thorsten Frei (CDU/CSU). Dirk Wiese (SPD) erwiderte, dass gute Ergebnisse aus der Ministerpräsidenten-konferenz hervorgegangen seien. Vieles sei auf den Weg gebracht worden.

Dr. Gottfried Curio (AfD) befand hingegen, dass die Maßnahmen des vergangenen Bund-Länder-Gipfels „Augenwischerei“ seien. Was beschlossen wurde, seien mehr Steuergelder für die Massenmigration sowie die Weiterführung einer falschen Politik. „Rückführungs-abkommen gibt es nicht, lückenloser Grenzschutz Fehlanzeige“, monierte Curio im Plenum. Er forderte effektive Abschiebungen, die Beseitigung aller „Pull-Faktoren“ und den Stopp der illegalen Migration. Denn „niemand ist mehr auf der Flucht, nachdem er das erste sichere Nachbarland erreichthat“, sagte Curio.

Plenardebatte über „digitalen Euro“
Ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Abstimmung über den digitalen Euro im Bundestag bindend machen“ (20/9133) stand ebenfalls am Mittwoch auf der Tagesordnung des Bundestages. Nach der Debatte überwiesen die Abgeordneten die Vorlage gemeinsam mit einer Initiative der AfD zur weiteren Beratung an den federführenden Finanzausschuss. Der Titel des AfD-Antrags lautet „Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern“ (20/9144).

Die Unionsfraktion fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung dazu auf, „sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung dazu zu bekennen, der Einführung eines digitalen Euro im Rat der Europäischen Union nur dann zuzustimmen, wenn sich der Deutsche Bundestag zuvor für dessen Einführung ausgesprochen hat“. Die AfD-Fraktion verlangt in ihrem Antrag, dass die Bundesregierung sicherstellen solle, „dass die EZB und die nationalen Zentralbanken (NZBs) des Eurosystems keine digitalen Zentralbankwährungen ausgeben dürfen“. Auch solle die Regierung sich auf europäischer Ebene gegen die Einführung einer digitalen Zentralbankwährung einsetzen. Ferner fordertsie eine Erweiterung des Grundgesetzes um ein Recht „zur uneingeschränkten Nutzung von Bargeld“.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 9. November 2023

Aktuelle Stunde auf Verlangen der AfD - Forderungen nach einem Kalifat in Deutschland entschieden entgegentreten

Alle Fraktionen des Bundestages stellen sich eindeutig den Aufmärschen radikaler Islamisten in deutschen Städten verbunden mit der Forderung, in Deutschland einen Kalifatstaat zu errichten, entgegen. Das wurde am Donnerstag während einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde deutlich. Gleichzeit wurde aber auch der AfD vorgeworfen, die Vorkommnisse für Hetze und Spaltung nutzen zu wollen.
Sebastian Münzenmaier (AfD) warf zu Beginn der Debatte die Frage auf: „Wer hat die Zustände in unseren Städten zu verantworten?“ Es seien die „Einwanderungsfans in allen Altparteien“, gab er die Antwort gleich selbst. Es seien all jene heimatfeindlichen Kräfte, „denen ein deutsches Deutschland stets ein Dorn im Auge war“. Heute noch seien es 3.000 Menschen, die das Kalifat fordern. „Wollen wir warten, bis es 300.000 sind?“ Der radikale Islam stelle in Deutschland die Machtfrage, sagte Münzenmaier. Sie müsse mit aller Härte beantwortet werden.

Antrag zur Reform der Arbeitsvermittlung überwiesen

Die AfD -Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel „Arbeitsvermittlung reformieren – Echtes Fördern und Fordern in die Praxis umsetzen“ (20/9152) eingebracht, den der Bundestag am Donnerstag beraten hat. Die AfD-Fraktion fordert eine Reform der Arbeitsvermittlung. Zur Begründung führen die Abgeordneten an, dass sowohl die Bundesagentur für Arbeit (BA) als auch die Jobcenter Probleme hätten, Arbeitslose in Stellen zu vermitteln und die Vermittlungsquote der Jobcenter im Jahr 2022 auf nur sechs Prozent gesunken sei. Die Arbeitgeber hätten nur ein geringes Vertrauen in die Vermittlungskompetenzen der BA und der Jobcenter. Deshalb meldeten sie weniger als die Hälfte der offenen Stellen dorthin, heißt es in dem Antrag. Mit der Einführung des Bürgergelds sei jedoch nicht die schnellstmögliche Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt gestellt, sondern der Vorrang der Vermittlung abgeschafft worden. Der frühere Grundsatz „Fördern und Fordern“ sei weitgehend aufgegeben worden, kritisiert die AfD.

Brandner kritisiert Arbeitsverweigerung des Bundesverfassungsgerichts

Der Rechtsverkehr mit dem Bundesverfassungsgericht soll künftig elektronisch möglich sein. Das sieht der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht“ (20/9043) vor, den der Bundestag am Donnerstag, 9. November 2023, in erster Lesung beraten hat. Die Initiative wurde anschließend in den federführenden Rechtsausschuss überwiesen. Stephan Brandner kritisierte in seiner Rede die Untätigkeit des Bundesverfassungangerichts und erklärte, dass die Verfahren der AfD teils vier Jahre dort lägen, ohne dass eine Entscheidung absehbar sei. Er stellte in Frage, ob die Digitalisierung dieses wesentliche Problem löse.

Kritik an fragwürdiger Wahlrechtsreform

In seiner Rede kritisierte Stephan Brandner die Wahlrechtsreform, die die Ampel erst vor wenigen Wochen durchgedrückt habe und merkt an, dass einzig die AfD für eine nachhaltige Verkleinerung des Bundestags stehe.

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag, 10. November 2023

Abstimmung über Gesetzentwurf zur Finanzierung politischer Stiftungen

Der Bundestag hat am Freitag die Förderung der politischen Stiftungen durch den Bund auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Die Abgeordneten haben einen Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP „zur Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt“ (20/8726, Stiftungsfinanzierungsgesetz – StiftFinG) beschlossen. Ein zu dem Gesetzentwurf hinzugestellten Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen“ (20/8737) wurde gegen die Stimmen der AfD zurückgewiesen.

Die AfD-Fraktion will Arbeit und staatliche Finanzierung der politischen Stiftungen auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Danach müssen die politischen Stiftungen in ein Register beim Deutschen Bundestag eingetragen werden. Ein Anspruch auf Geldleistungen der Stiftungen aus dem Bundeshaushalt soll entstehen, wenn die der Stiftung nahestehende Partei zweimal in Folge in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag eingezogen ist. Die staatliche Finanzierung soll für die Dauer einer weiteren Wahlperiode des Bundestages nach dem Ausscheiden oder der Auflösung der Partei bestehen bleiben.

Keine Mehrheit für AfD-Initiativen zur Weiternutzung der Kernkraft

Mehrere Initiativen der AfD, die auf eine Weiternutzung der Kernkraft hinausliefen, hat der Bundestag am Freitag zurückgewiesen. Die AfD-Fraktion forderte, den Rückbau der abgeschalteten Atomkraftwerke (AKW) zu stoppen. Mit einer Änderung des Atomgesetzes sollten die drei AKW Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2, deren Betriebsgenehmigung am 15. April erloschen ist, betriebsbereit gehalten werden. Konkret sollte im Atomgesetz eine Regelung zur Ausnahme von der Stilllegungs- und Rückbauverpflichtung gemäß Paragraf 7 Absatz 3 Satz 3 AtG für die AKW Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 geschaffen werden.

Auch in ihrem ersten Antrag forderte die AfD einen Rückbau-Stopp für die Mitte April abgeschalteten Atomkraftwerke. Die Abgeordneten verlangten, die Genehmigung zum Rückbau der Reaktorblöcke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 auszusetzen beziehungsweise zu widerrufen. Die Bundesregierung sollte die Betreiber veranlassen, sie „gegen Zusage einer Mindestlaufzeit“ betriebsbereit zu halten und für eine „Beschleunigung der dafür erforderlichen Verfahren unter Beibehaltung des hohen Standards bei der Sicherheitsbeurteilung zu sorgen“. Weiter wurde gefordert, die Betreiber bei der Beschaffung neuen Brennstoffes zu unterstützen, damit die Atomkraftwerke „noch zum Jahreswechsel“ in Betrieb genommen werden können.

In ihrem zweiten Antrag forderten die AfD-Abgeordneten die Bundesregierung auf, die jeweils zuständigen Behörden der Länder anzuweisen, die Genehmigungsverfahren zum Rückbau der am 15. April 2023 und am 31. Dezember 2021 abgeschalteten Reaktorblöcke sowie der abgeschalteten Anlagen Philippsburg 2 sowie Gundremmingen B und C unverzüglich zu stoppen beziehungsweise, soweit bereits erteilt, zu widerrufen und für eine schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme zu sorgen.

Aktuelle Videos



Kein Blankoscheck für Scheckbetrüger



Der Verfassungsbruch ist offensichtlich!



Vertraut den Altparteien nicht!



Altparteien im Selbstbedienungsladen
5 Fragen - 5 Antworten

#BRANDNERUNTERWEGS



Nachtschicht im Deutschen Bundestag







Treffen der Justiziare

#BRANDNERUNTERWEGS



Infostand in Gera









10. Geburtstag KV Mittelthüringen

Kommende Termine im Wahlkreis







Kommende Sprechstunden









Weitere Termine









Veranstaltung in Berlin



WARUM POLEN UND DEUTSCHE ANDERS DENKEN. EINE PHILOSOPHISCHE BETRACHTUNG

Vortrag und Diskussion

mit dem Gastredner Prof. Dr. Andrzejewski und den Bundestagsabgeordneten Dr. Götz Frömming und Stephan Brandner

Eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Geschichte

28. NOVEMBER | 18.00 UHR

JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 6.556

Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Warum Polen und Deutsche anders denken. Eine philosophische Betrachtung

Warum denken Polen und Deutsche anders? Dieser Frage geht Prof. Dr. Bolesław Andrzejewski in seinem Vortrag nach – und wird uns die Antwort nicht vorenthalten.

Prof. Dr. Andrzejewski führt uns auf eine Reise durch die polnische und deutsche Philosophie und Geschichte, macht uns mit dem polnischen, leicht irrationalen Praktizismus bekannt und erkundet den Einfluss der deutschen Denkweise auf die polnische Philosophie. Prof. Dr. Andrzejewski vertritt die Auffassung, dass man das Wesen einer Nation am besten im Vergleich zu anderen Nationen erkennt. Sein 2022 veröffentlichtes Buch »Porträts der Nationen«, in dem er Deutsche, Polen, Briten und Amerikaner vielschichtig miteinander vergleicht, bietet für eine Charakterstudie dieser Nationen reichhaltiges Material und pointierte Schlussfolgerungen.



Der Philologe, Philosoph und Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Andrzejewski, Jahrgang 1946, ist Ordentlicher Professor am Institut für Philosophie der Adam-Mickiewicz-Universität (UAM) in Posen und Mitbegründer sowie ehemaliger Rektor der Posener Mieszko I.-Akademie der Angewandten Wissenschaften. In seiner Tätigkeit als Präsident der Internationalen Sprachunion Deutsch (ISPRUD) und als Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Vereins Deutsche Sprache zeigt sich seine besondere Beziehung zu Deutschland und zur deutschen Sprache.

Programm

18.00 Uhr **Empfang**

19.00 Uhr **Begrüßung**
Dr. Götz Frömming MdB

Grußwort
Stephan Brandner MdB

Vortrag
Prof. Dr. Andrzejewski
Warum Polen und Deutsche anders denken. Eine philosophische Betrachtung

Diskussion mit Fragen aus dem Publikum
Moderation: Dr. Götz Frömming MdB

Gäste ohne Hausausweis des Deutschen Bundestages werden gebeten, sich mit Namen, Nachnamen und Geburtsdatum bis spätestens Freitag, den 24. November 2023 unter **goetz.froemming@bundestag.de** anzumelden. Bitte finden Sie sich am Einlass des Jakob-Kaiser-Hauses, Dorotheenstraße 101, 10117 Berlin ein. Wir nehmen Sie dort in Empfang und begleiten Sie zum Veranstaltungsraum.

V.i.S.d.P.: AfD-Bundestagsfraktion • Vertreten durch den Fraktionsvorstand • Bürgerbüro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin



Unsere Kalender für 2024 sind da!



Bleiben Sie auf dem Laufenden

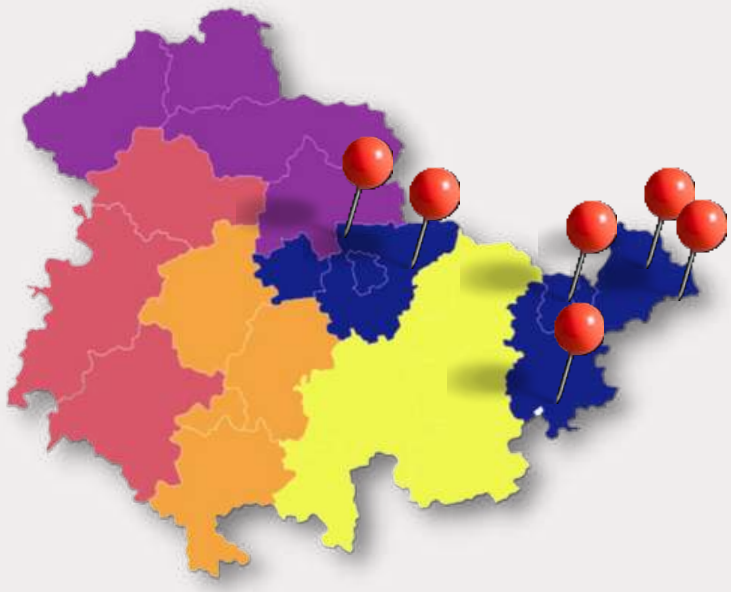


Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz

www.facebook.com/stBrandner
www.twitter.com/stbrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
t.me/StephanBrandnerMdB
www.tiktok.com/@brandner_afd
https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner



Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin